

Hurry up, Switzerland!

Als SVP-Nationalrat und Bundesrat habe er sich die Frage nach der Effizienz der Entwicklungshilfe auch gestellt. Seit er sehe, welchen Nutzen die Hilfe vor Ort bringe, tue er das nicht mehr. So äusserte sich unlängst der frühere Verteidigungsminister Adolf Ogi, als er in seiner Funktion als Uno-Sonderberater für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden das bürgerkriegsversehrte Land Liberia besuchte. Ogi grenzte sich mit dieser Aussage deutlich von den (medialen) Mitläufern um den derzeitigen SVP-Bundesrat Blocher ab, der im Herbst 2006 vorgeschlagen hatte, Afrika sich selber zu überlassen.

Dass ein ehemaliger Bundesrat sich implizit zu den Aussagen amtierender Mandatsträger äussert, ist selten. Ogis Aussage widerspiegelt aber die zunehmende Besorgnis vieler Menschen in der Schweiz, die sich fragen, welche Auswirkungen die Politik des Bundesrates auf die schweizerische Entwicklungspolitik hat. Die Zahlen sprechen für sich: Zwar hat die Schweiz im Jahr 2005 endlich den seit langem versprochenen Anteil von 0,4% des Bruttonationaleinkommens für die staatliche Entwicklungshilfe aufgewendet, dies allerdings nur, weil sie neu auch die Betreuung von AsylbewerberInnen in die Rechnung aufnahm. Doch im Jahr 2006 fiel der Anteil wieder auf 0,39%. Und setzt der Bundesrat seinen im Jahr 2006 gefassten Entscheid um, dass alle Staatsausgaben (ausser Bildung) um höchstens 2 Prozent jährlich wachsen dürfen, wird der Anteil in den kommenden Jahren noch stärker sinken.

Damit ist die Schweiz weit entfernt vom Richtwert von 0,7%, den die Uno und die OECD als Voraussetzung dafür angeben, dass der Hunger und die Armut auf dieser Welt in den nächsten Jahren zumindest halbiert werden können. Denn dies ist der Kern der Millennium-Entwicklungsziele, die alle Staaten der Uno im Jahr 2000 verabschiedet haben - als Grundlage für ein gerechteres Jahrtausend. Zahlreiche Staaten, darunter die „alten“ EU-Länder, haben in der Folge reagiert und ihre Mittel für die Entwicklungshilfe erhöht.

„Hurry up, Switzerland!“ hat deshalb Mary Robinson, die ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Uno, den Schweizer Bundesrat am Eröffnungsfest der Kampagne „0,7% - Gemeinsam gegen Armut“ gemahnt. Mit dieser Kampagne fordern mehr als 60 Schweizer Organisationen, dass der Bundesrat den Worten zur Unterstützung der Millenniumsziele auch Taten folgen lässt. Helfen auch Sie mit und unterzeichnen Sie die Petition auf www.gemeinsamgegenarmut.ch.

Stefan Luzi

Koordinator der Kampagne „0,7% - Gemeinsam gegen Armut“ bei der Alliance Sud. www.alliancesud.ch / www.gemeinsamgegenarmut.ch